



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Bundeshaushalt 2014: Große Koalition setzt wichtigste Forderungen der Wohnungswirtschaft um

25.06.2014 Fachinformation

Der GdW hat die wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Akzente, die die Große Koalition in ihren abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2014 gesetzt hat, begrüßt. Die wichtigsten Forderungen der Wohnungswirtschaft in den Bereichen altersgerechter Umbau und Städtebau werden umgesetzt. Auch bei den Themen Wohngeld und Wohnungsbau geht es voran. „Das ist ein gutes Signal für Deutschlands Städte, die Wohnungsunternehmen und die Mieter“, so GdW-Präsident Axel Gedaschko.

Das Zuschussprogramm "Altersgerecht Umbauen" wird – entgegen der ursprünglichen Pläne – wiederbelebt und nun doch mit immerhin zehn Millionen Euro an neuen Mitteln für 2014 ausgestattet. Bis 2018 sollen 54 Millionen Euro investiert werden. Für eine Fortführung des Programms hatte sich der GdW intensiv eingesetzt.

Die Aufstockung der Städtebauförderung auf insgesamt 700 Millionen Euro ist ebenfalls eine enorm wichtige Entscheidung für die Zukunft der Städte und Wohnquartiere. „Die Große Koalition setzt damit eine weitere Hauptforderung des GdW um“, so Gedaschko. „Das ist ein großer Erfolg für die Quartiere und die Menschen, die in ihnen leben. Die Politik hat erkannt, dass die Herausforderungen in den Städten ein Umdenken in der Förderpolitik erfordern.“

Die CDU-/CSU-Fraktion fordert eine Wohngelderhöhung. Damit werden die nachdrücklichen Forderungen der Wohnungswirtschaft erhört. „Die Leistungshöhe und Miethöchstbeträge müssen beim Wohngeld dringend – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst werden. Das Bundesbauministerium sollte nun zügig den entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen“, so Gedaschko. „Wenn die Große Koalition diesen Punkt angeht, zeigt sie, dass sie es mit dem bezahlbaren Wohnen ernst meint. Das wünschen wir uns in allen Bereichen der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.“

Um den Wohnungsbau zu beleben, soll nach Aussagen der CDU-/CSU-Fraktion zudem eine Baukostensenkungskommission eingesetzt werden – dies wurde seit langem von der GdW-Wohnungswirtschaft gefordert. „Hohe Baukosten sind eine massive Bremse für den dringend benötigten Wohnungsneubau in den Ballungsgebieten“, erklärte der GdW-Chef. Von 2000 bis 2012 sind die Baukosten insgesamt um 28,6 Prozent gestiegen. Der Preisdruck geht dabei eindeutig von den Materialkosten aus, die sich stärker verteuert haben als die Arbeitskosten am Bau. Besonders stark stiegen auch die Preise für die Materialien zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden. „Die Einrichtung einer Baukostensenkungskommission ist dringend notwendig und wird von uns sehr begrüßt.“